

November 2020

Länderbericht

Länderbüro Myanmar



Lady 2.0 – Aung San Suu Kyi und ihre NLD erneut klare Wahlsieger

Dr. Thomas Stuart Knirsch, Leiter des Auslandsbüros Myanmar

Die Wähler Myanmar haben bei den Wahlen am 08. November 2020 ein klares Votum abgegeben. Die National League for Democracy (NLD) unter der Parteivorsitzenden und Staatsrätin Aung San Suu Kyi (ASSK), auch *“The Lady”* genannt, hat 82 Prozent aller zu wählenden Parlamentssitze landesweit gewonnen. Damit ist gesichert, dass Anfang 2021 die NLD unter ASSK für weitere fünf Jahre die Regierung Myanmar stellen wird. Der überaus deutliche Ausgang der Wahlen war von vielen politischen Beobachtern so nicht erwartet worden.

Wahlkampf und Wahlen unter COVID-19-Bedingungen

Trotz der Unwägbarkeiten der COVID-19-Pandemie fanden am 08. November 2020 in Myanmar die dritten allgemeinen Wahlen nach dem demokratischen Übergang von 2010 statt. Die Befürchtungen, dass bedingt durch die Pandemie die Wahlbeteiligung leiden könnte, wurden nicht bestätigt. Von den ca. 38 Millionen Wahlberechtigten (Gesamtbevölkerung 2020: geschätzt 56 Millionen) stimmten 70 Prozent (Wahlbeteiligung 2015: 69 Prozent) für die 5.639 Kandidatinnen und Kandidaten der insgesamt 87 zugelassenen politischen Parteien ab. 8000 zumeist lokale Wahlbeobachter bescheinigen einen geordneten und gut organisierten Wahlvorgang in den über 43.000 Wahllokalen des Landes. Kleinere Unregelmäßigkeiten, wie etwa spätere Öffnungszeiten, fehlende Wahlzettel oder unvollständige Wählerlisten wurden allerdings bemängelt. Internationale Wahlbeobachter-Missionen konnten wegen der Pandemie nicht durchgeführt werden.

Die für die Wahldurchführung verantwortliche Wahlkommission, Union Electoral Commission (UEC), wurde allerdings vor und während des 60-tägigen Wahlkampfes stark kritisiert. Es wurde grundsätzlich ihre Unabhängigkeit in Frage gestellt; waren schließlich alle Mitglieder von der NLD-Regierung ernannt worden. Forderungen von Oppositionsparteien, angeführt durch die dem Militär nahestehende ehemalige Regierungspartei (2010-2015) Union Solidarity and Development Party (USDP), nach einer Verschiebung der Wahlen wegen der Pandemie, blieben ungehört. Es überrascht daher wenig, dass die USDP, die herbe Verluste bei den landesweiten Wahlen einfahren musste und nur noch 71 der 1117 wählbaren Parlamentssitze (auf nationaler und regionaler Ebene) insgesamt für sich gewinnen konnte, von unfairen Wahlkampfbedingungen sprach. Mit weiteren Oppositionsparteien ficht sie deshalb nun auch das Wahlergebnis insgesamt an, drängt auf Nachzählungen in einzelnen Wahlbezirken, fordert Neuwahlen. Diese Forderungen wurden bislang von der UEC abgelehnt. Auch werden von den Kritikern die COVID-19-Beschränkungen (Versammlungen bis 50 Personen) während des Wahlkampfes ins Feld geführt, die es vor allem den neuen, kleinen und ethnischen Oppositionsparteien unmöglich gemacht hätten, für ihre Kandidaten und Programme vor Ort zu werben. Auch hätten diese weder über die Logistik verfügt noch die Ressourcen gehabt, kurzfristig auf kostspielige

Online-Kampagnen umzustellen, was die Regierungspartei mit ihrem Zugriff auf den Regierungsapparat übervorteilt habe.

Ferner hätten angeblich Unregelmäßigkeiten bei der Wahlabgabe vor allem der über 60-Jährigen stattgefunden. Dieser Wählergruppe wurde, um sie den Gefahren der Pandemie am Wahltag nicht unnötig auszusetzen, in den Tagen vor der eigentlichen Wahl ermöglicht, zu Hause ihre Stimme abzugeben. Weitere Kritikpunkte sind: der Ausschluss von Kandidatinnen und Kandidaten sowie von Parteien im Vorfeld, zahlreiche Zensuren von Wahlkampfbotschaften und Werbemitteln durch die UEC mit dem Hinweis auf gefährdende, rassistische, religiöse oder insgesamt aufwiegelnde Tendenzen. Kritisch angemerkt wurde auch die von der Regierung veranlasste systematische Sperrung des Zugangs zu regierungskritischen Internetseiten und die Drosselung der Internet-Geschwindigkeit in ganzen Landesteilen.

Kritik an Einschränkung von Wahlen

Besonders umstritten bleibt weiterhin vor allem die Entscheidung der UEC in 56 Wahlbezirken, die Durchführung der Wahlen einzuschränken. In sechs Wahlkreisen im Shan-Staat und in neun Wahlkreisen im Rakhine-Staat wurden die Wahlen nicht durchgeführt, in 41 weiteren Wahlbezirken wurden nur begrenzt Wahlen abgehalten. Faktisch bleiben viele Sitze in den verschiedenen Parlamentskammern deshalb bis zur Durchführung von Nachwahlen unbesetzt. Nach Aussagen der UEC sei man allerdings nur dem Rat der Sicherheitskräfte gefolgt, da es in vielen Gebieten aktuell bewaffnete Auseinandersetzungen gäbe. Deshalb seien logistische Vorbereitungen nicht entsprechend getroffen worden und der ordnungsgemäße Verlauf der Wahlen und die Sicherheit der Wählenden hätte nicht garantiert werden können. Einen eindeutigen Kriterienkatalog, anhand dessen diese Entscheidungen hätten nachvollzogen werden können, legte die UEC aber nicht vor. Eine zügige Nachwahl in einigen Wahlbezirken wird daher von den Oppositionsparteien und sogar Kreisen des Militärs gefordert. Realistisch erscheint nach den bestehenden Wahlgesetzen eine Nachwahl jedoch erst in einem Jahr. In den bereits länger umkämpften Gebieten im Norden des Rakhine-Staates bleibt selbst dieser zeitliche Horizont ungewiss.

Das Militär hat sich während des Wahlkampfes insgesamt zurückgehalten. Zwar hatte deren Oberbefehlshaber durch Reden und Interviews noch kurz vor der Wahl indirekte Wahlunterstützung für die USDP gegeben und die Arbeit der UEC scharf kritisiert, dann jedoch das Wahlergebnis anerkannt. Das lag wahrscheinlich auch an der Eindeutigkeit des Wahlergebnisses.

Inwieweit die Wahlen 2020 insgesamt als „frei und fair“ bezeichnet werden können, bleibt angesichts der beschriebenen Umstände fraglich. Dies gilt insbesondere auch bezogen auf die Bestimmungen der Verfassung aus dem Jahr 2008. Demnach ist Myanmar zwar eine parlamentarische Demokratie, frei wählbar sind allerdings nur 75 Prozent aller Parlamentssitze: denn 25 Prozent der Sitze in beiden Kammern des Unionsparlaments sowie in den 14 Parlamenten der Staaten und Regionen werden direkt vom Militär besetzt. Durch diesen festgelegten Anteil behält das Militär die Möglichkeit, Verfassungsänderungen zu blockieren. Das politische System Myanmars wird daher passender als hybrides Regierungssystem bezeichnet.

Bei aller Kritik waren die Wahlen am 8. November 2020 ein wirklich wichtiger Meilenstein auf dem steinigen Pfad Myanmars hin zu einer parlamentarischen Demokratie. Denn dies waren erst die dritten demokratischen Wahlen (2010, 2015, 2020) nach dem verhandelten

Übergang zwischen der Militärjunta und der Zivilgesellschaft überhaupt; und die ersten regulären Wahlen unter einer rein zivilen Führung, sieht man einmal von den Verfassungsprivilegien des Militärs ab. Die NLD unter der Staatsrätin ASSK erzielte einen größeren „Erdrutschsieg“ als bei den Wahlen 2015. 396 der 476 Sitze, die im beiden Parlamentskammern des Unionsparlaments vergeben werden konnten, gingen an sie. Während die NLD 6 zusätzliche Mandate gewinnen konnte, verlor die größte Oppositionspartei USDP 8 Sitze in beiden Kammern und kommt nur noch auf 33 Sitze. Die Parteien der ethnischen Minderheiten in Myanmar schnitten insgesamt entgegen mancher Erwartungen unterdurchschnittlich ab und vereinen nur 47 Sitze unter sich. Neu gegründete Parteien unter teilweise prominenter Führung konnten keine Sitze gewinnen.

Überblick über die Wahlergebnisse im Ober- und Unterhaus des Unionsparlaments 2020 und 2015

eigene Darstellung der KAS nach Angaben der Wahlkommission vom 19.11.2020

Partei	2015 Oberhaus	2020 Oberhaus	+/-	2015 Unterhaus	2020 Unterhaus	+/-
National League for Democracy	135	138	+3	255	258	+3
Union Solidarity and Development Party	11	7	-4	30	26	-4
Arakan National Party	10	4	-6	12	4	-8
Mon Unity Party	-	3	+3	-	2	+2
Kayah State Democratic Party	-	3	+3	-	2	+2
Shan Nationalities League for Democracy	3	2	-1	12	13	+1
Ta-Arng (Palaung) National Party	2	2	-	3	3	-
Pa-O National Organization	1	1	-	3	3	-
Zomi Congress for Democracy	2	0	-2	2	1	-
Lisu National Development Party	0	0	-	2	0	-2
Wa Democratic Party	0	0	-	1	0	-1
Kachin State Democracy	0	1	+1	1	1	-
Kokang Democracy and Unity Party	0	0	-	1	0	-1
National Unity Party	1	0	-1	0	0	-
Mon National Party	1	0	-1	0	0	-
Arakan Forward Party	-	-	-	-	1	+1
Kachin State Peoples Party	-	-	-	1	1	-
NDP-K	0	0	-	0	1	-
Wa National Unity Party	0	0	-	1	1	-
Independents	2	0	-2	1	0	-1
Gesamt	168	161	-7	323	315	-8

Dieses Ergebnis war trotz der großen Beliebtheit von ASSK in Myanmar so nicht erwartet worden, da im Vorfeld der Wahlen auch immer wieder Kritik an der Regierungsbilanz der letzten fünf Jahre geübt worden war; vor allem von ethnischen Gruppierungen und Parteien. Jedenfalls wird die NLD in der neuen Legislaturperiode ohne großen Widerstand der Oppositionsparteien regieren könnten. Die größte Oppositionsgruppierung im Unionsparlament bleibt weiterhin der Militärblock mit 25 Prozent der Sitze (Oberhaus 56 Sitze/erhaus 110). Die verringerte Gesamtzahl der Sitze im Wahljahr 2020 hängt mit der Teil- oder Nichtdurchführung von Wahlen in einigen Wahlbezirken zusammen.

Gewinner und Verlierer der Wahlen

Der Vorsprung der NLD vor den weiteren Parteien konnte auch in den Parlamenten der Staaten und Regionen stark ausgebaut werden. Die USDP hat fast alle Sitze in den Regionen, die von der größten Ethnie des Landes, den Bamar (ca. 70 Prozent der Bevölkerung) dominiert wird, verloren. Selbst in traditionellen Hochburgen des Militärs (z.B. Mandalay) konnte die NLD die USDP verdrängen, was eventuell Rückschlüsse auf ein verändertes Wahlverhalten von Angehörigen des Militärs insgesamt zulässt. Diese durften übrigens erstmalig in Wahllokalen außerhalb der Kasernen wählen.

Die NLD konnte auch in den Staaten mit Mehrheiten anderen Ethnien wie etwa dem Shan-Staat, Kayin-Staat und Chin-Staat weitere Gewinne verbuchen. Wegen massiver ethnischer Spannungen und teilweise bewaffneter Konflikte mit dem Militär wurden jedoch in einigen Wahlbezirken im Shan-Staat und vor allem im Rahkine-Staat keine Wahlen durchgeführt, was zu einer Verringerung der gewählten Sitze führte und das Wahlergebnis insgesamt verzerrt.

Überblick über die Wahlergebnisse von NLD, USDP sowie weiterer Parteien in den Parlamenten der Staaten und Regionen 2020 und 2015

eigene Darstellung der KAS nach Angaben der Wahlkommission vom 19.11.2020

Staaten/ Regionen	NLD 2015	NLD 2020	+/-	USDP 2015	USDP 2020	+/-	Weitere 2015	Weitere 2020	+/-
State Assemblies									
Chin	12	16	+4	4	0	-4	2	2	-
Kachin	26	29	+3	7	4	-3	7	7	-
Kayah	11	9	-2	4	3	-1	0	3	+3
Kayin	13	13	-	3	2	-1	1	2	+1
Mon	19	17	-2	1	0	-1	3	6	+3
Rahkine	9	5	-4	3	1	-2	23	9	-14
Shan	23	59	+36	33	24	-9	47	22	-25
Regional Assemblies									
Ayeyarwardy	51	54	+3	3	0	-3	0	0	-
Bago	55	57	+2	2	0	-2	0	0	-
Magway	51	51	-	0	0	-	0	0	-
Mandalay	48	57	+9	8	0	-8	0	0	-
Sagaing	69	74	+5	5	2	-3	2	0	-2
Tanintharyi	21	21	-	0	0	-	0	0	-
Yangon	88	79	-9	3	2	-1	1	1	-

Wie lässt sich der Ausgang dieser Wahlen deuten? Die Wahlen 2020 waren zunächst einmal eine eindrucksvolle Manifestation der Wählerinnen und Wähler in Myanmar, dass der demokratische Kurs der letzten zehn Jahre – trotz bestehender Defizite – weiter fortgesetzt werden soll. Obwohl bislang aussagekräftige Analyse zum Wahlverhalten fehlen, scheinen entgegen früherer Befürchtungen gerade auch die ca. 5 Millionen Erstwählerinnen und Erstwähler zahlreich von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht zu haben. Eine Rückkehr zu autoritären Zeiten unter Herrschaft des Militärs in Allianz mit der USDP scheint damit vorerst gebannt. Dieser Trend hängt fraglos unmittelbar mit der Person Daw Aung San Suu Kyi zusammen, die sich weiterhin größter Beliebtheit bei weiteren Teilen der Bevölkerung erfreut. Sie ist die „Gallionsfigur“ des demokratischen Wandels, bleibt Programmatik und Stahlkraft der NLD zugleich. Steht sie international nicht zuletzt wegen der Verteidigung ihres Landes bei der gewaltsamen Vertreibung der Rohingya in der Kritik, erfährt sie umgekehrt in Myanmar gerade deshalb größte Unterstützung vor allem bei den Bamar und der buddhistischen Mehrheit (knapp 90 Prozent der Bevölkerung) des Landes.

Die *Lady*, wie sie liebevoll von ihren Anhängerinnen und Anhängern genannt wird, als Marke könnte für die NLD jedoch mittel- und langfristig noch zu einer echten Bewährungsprobe werden. Denn die heute 75-jährige Parteichefin dürfte wohl ihre zweite und letzte Legislaturperiode als Staatsrätin antreten. Erkennbare Nachfolger sind bislang nicht in Sicht, eine programmatische Profilierung der Partei ist nur in schwachen Ansätzen erkennbar, Entscheidungsprozesse innerhalb der Partei sind auf Führungsgremien und die aktuelle Parteiführung direkt zugeschnitten. Gelingt es der Partei daher in den nächsten fünf Jahren nicht, sich personell (durchschnittliches Alter der Parteiführung liegt bei 70 Jahren), strukturell und inhaltlich zu erneuern, ist ihre Zukunft in akuter Gefahr.

Amtsbonus trotz kritischer Regierungsbilanz

Die erwartete Abrechnung mit der Regierung blieb bei den Wahlen 2020 aus. Der Reformprozess Myanmars verläuft wegen der engen Verflechtungen zwischen Staat, Wirtschaft und Militär sowie der schwachen Leistungsfähigkeit der Regierungsinstitutionen weiterhin nur langsam. Viele Wahlversprechen aus dem Jahr 2015 konnten bislang nicht eingelöst werden. Vor allem die Befriedung des Landes mit seinen zahlreichen Konflikten und bewaffneten Auseinandersetzungen, die teilweise schon über 60 Jahre andauern, konnte nicht erreicht werden. So fand zwar im August 2020 die vierte Sitzung der Friedenskonferenz der Union (UPC) mit den zehn Ethnic Armed Organisation (EAO), die das Waffenstillstandsabkommens (NCA) aus dem Jahr 2015 mit der Regierung unterzeichnet hatten, statt. Die beiden größten Akteure unter den EAO, die United Wa State Army (UWSA) und die National Democratic Alliance Army (NDAA) saßen aber bislang nicht am Verhandlungstisch. Die unterzeichneten Verträge bilden daher allenfalls den Rahmen für die Fortsetzung der Friedensgespräche und dienen als Gerüst für die Formulierung von Grundprinzipien einer künftigen föderalen Union.

Die Aussöhnung mit den ethnischen und religiösen Minderheiten, der Umbau des Verfassungssystems mit mehr Selbstbestimmungsrechten für die ethnischen Minderheiten, die Schaffung leistungsfähiger dezentraler Verwaltungsstrukturen, der Ausbau der Infrastruktur und die Modernisierung der Wirtschaft sind bisher kaum vorangekommen. Die NLD-geführte Regierung hat allerdings beachtliche Erfolge im Bereich der Armutsbekämpfung, Bildung und Daseinsvorsorge sowie in der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erreicht. Dennoch wächst die Kritik an der Arbeit der Regierung, die meist jegliche kritische Auseinandersetzung meidet. Im Gegenteil, die Regierung reagiert nervös und

teilweise mit repressiven Gesetzen noch aus der Kolonial- und Militärzeit, um gegen kritische Stimmen aus Medien und Zivilgesellschaft vorzugehen. Vertreter von Oppositionsparteien, Medien und der Zivilgesellschaft sind deshalb der Meinung, die Menschenrechtsslage habe sich unter der NLD-Regierung gegenüber der USDP-Vorgängerregierung wieder verschlechtert. Auch während der Wahlen 2020 wurden diese Kritik laut, denn gerade die Medien konnten – teilweise aber auch wegen der strengen COVID-19-Restriktionen – ihrer Funktion als „vierte Gewalt“ nicht nachkommen, da sie vor allem durch den *lockdown* kaum über den Verlauf der Wahlen landesweit und vor Ort berichten konnten. Der Umgang mit Kritikern gilt wohl auch im eigenen NLD-Lager, was erklären könnte, weshalb Kandidaten für die Wahlen 2020 nicht wieder antraten, sich für andere Parteien entschieden oder nicht mehr aufgestellt wurden.

Myanmar ist und bleibt ein Land mit hohem und akutem Eskalationspotenzial, wie etwa die Verschärfung der Konflikte im Rakhine-Staat, im südlichen Chin-Staat und im nördlichen Shan-Staat in den letzten Monaten und Jahren gezeigt haben. Dieses Potential könnte sich nach den Wahlen durch die von der Pandemie ausgelöste prekäre sozioökonomische Lage des Landes weiter verschärfen. Es bleibt daher viel zu tun für die neue NLD-Regierung, will sie auch in fünf Jahren weiterhin auf derart hohe Zustimmungswerte hoffen.

Die NLD-geführte Regierung konnte während des Wahlkampfes vor allem überproportional von ihrem Amtsbonus profitieren. Während einer andauernden Pandemie, bei der die amtierende Regierung zum Krisenmanager avanciert und mit Tatkraft versucht, das Ausmaß unter Kontrolle zu halten, galt es wahrscheinlich für viele Wählerinnen und Wähler Bewährtes zu halten, statt Neues auszuprobieren. Dies könnte auch das schwache Abschneiden neuer und kleiner Parteien sowie vor der Wahl neugeschmiedeter Allianzen und Bündnisse ethnischer Parteien erklären. Hinzu kamen sicherlich die Pandemie-Beschränkungen der Versammlungsfreiheit auf maximal 50 Personen sowie ein fast landesweit geltender *lockdown*, die einen klassischen Straßenwahlkampf nicht zuließen und eine zügige Umstellung auf Online-Formate und Soziale Medien erforderten; was weniger erfahrene und kleine Parteien wohl personell und finanziell überfordert haben dürfte. Wegen der insgesamt eher schwachen programmatischen Profilierung aller Parteien galt es in dieser Situation dann vor allem Köpfe medial zu präsentieren. Die Facebook-Seite von ASSK etwa hatte zuletzt 2,7 Millionen *follower*. Sie wand sich meist wöchentlich und gleich mehrfach an die Bevölkerung, mahnte zur Vorsicht im Umgang mit der Pandemie, sprach Hoffnung aus und behandelte auch weitere allgemeine Themen – dies allerdings schon weit vor dem offiziellen Start des Wahlkampfes am 08. September 2020.

Kleine und ethnische Parteien unterrepräsentiert

Ein weiterer und entscheidender Faktor für das gute Abschneiden der NLD und das schwache Ergebnis der Oppositionsparteien dürfte vor allem im Wahlsystem Myanmars liegen. Wahrscheinlich müsste erst eine Änderung des Wahlsystems hin zu einem Verhältniswahlrecht oder einer Mischform erfolgen, um tatsächlich die Möglichkeit der Bildung von Koalitionen unter mehreren Parteien in Regierungen und Parlamenten zu ermöglichen. Erforderlich wäre in Myanmar daher eine klassische Debatte über die Vor- und Nachteile eines Mehrheitswahlsystems gegenüber einem System der Verhältniswahl. Kritiker des Mehrheitswahlsystems weisen regelmäßig darauf hin, dass es große Parteien begünstige und das Votum von Minderheiten missachte. Befürworter halten dem entgegen, dass es eine stabile Regierung garantiere, die von der Mehrheit der Wähler unterstützt werde. Das Verhältniswahlrecht ist sicherlich ein repräsentativeres und integrativeres

System, da die Stimmen der Wähler kleinerer Parteien berücksichtigt werden. In Myanmar, das aus 135 ethnischen Gruppen besteht und von ethnischen Konflikten gezeichnet ist, muss man sich daher die nicht ganz einfache Frage stellen, ob ein Mehrheits- oder ein Verhältniswahlssystem oder gar eine Mischform den Demokratisierungs- und den Friedensprozess des Landes besser unterstützen kann. Die NLD-geführte Regierung hat jedenfalls in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass sie an dem bestehenden Wahlsystem festhalten möchte und keine Reform wünscht.; was eine Vielzahl der Oppositionsparteien natürlich anders sieht.

Dennoch scheint die neue Regierung unter der NLD neue Wege der Einbindung ethnischer Parteien gehen zu wollen. Eine Woche nach den Wahlen hat sie mit einem überraschenden Brief an 48 unterlegene Parteien um eine stärkere Partnerschaft geworben. Wie diese Zusammenarbeit genau aussehen könnte, ist noch unklar. Jedenfalls soll sie den Minderheiten und ihren Vertretern eine besondere Rolle bei den Bemühungen um die Beendigung der Bürgerkriegshandlungen zukommen lassen. Die angesprochenen Parteien zeigten sich bislang eher verhalten auf das Angebot. Es bleibt abzuwarten, was die neue NLD-Regierung letztlich darunter versteht. Denn so sehr die friedlichen und weitestgehend geordneten Wahlen vom 8. November 2020 auch zu begrüßen sind., die erneute absolute Mehrheit der NLD dürfte eines gerade nicht befördern: den Gedanken einer Mehrparteiendemokratie. Man kann fast den Eindruck gewinnen, als wäre ein dominanter Machtblock, das Militär und die USDP, vom nächsten übermächtigen Spieler, der NLD, abgelöst worden. Eine Beteiligung der Oppositionsparteien an den nächsten Regierungen auf Ebene der Union, Staaten und Regionen sowie an den politischen Entscheidungen des Landes insgesamt – in welcher Form auch immer – wäre fraglos ein wichtiger Schritt zum stärkeren Ausgleich von Interessen. Dies könnte mittel- und langfristig den Weg hin zu einer weiteren Dezentralisierung von Entscheidungen und Entwicklung der Mehrparteiendemokratie des Landes öffnen, und vor allem zur Befriedung der zahlreichen bewaffneten Konflikte in Myanmar führen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Thomas Stuart Knirsch
Leiter des Auslandsbüros Myanmar
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

Thomas.Knirsch@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)